

Schriften zum Internationalen Recht

Band 102

**Einstweiliger Rechtsschutz
im spanischen und deutschen
Zivilprozeß**

**Eine rechtsvergleichende Darstellung
am Beispiel von Arrest und einstweiliger
Verfügung unter besonderer Berücksichtigung
des Wettbewerbsverfahrens**

Von

Benedikt Knothe



Duncker & Humblot · Berlin

BENEDIKT KNOTHE

Einstweiliger Rechtsschutz im spanischen
und deutschen Zivilprozeß

Schriften zum Internationalen Recht

Band 102

Einstweiliger Rechtsschutz im spanischen und deutschen Zivilprozeß

Eine rechtsvergleichende Darstellung
am Beispiel von Arrest und einstweiliger
Verfügung unter besonderer Berücksichtigung
des Wettbewerbsverfahrens

Von

Benedikt Knothe



Duncker & Humblot · Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Knothe, Benedikt:

Einstweiliger Rechtsschutz im spanischen und deutschen Zivilprozeß :
eine rechtsvergleichende Darstellung am Beispiel von Arrest und
einstweiliger Verfügung unter besonderer Berücksichtigung des
Wettbewerbsverfahrens / von Benedikt Knothe. – Berlin : Duncker
und Humblot, 1999

(Schriften zum Internationalen Recht ; Bd. 102)

Zugl.: Freiburg (Breisgau), Univ., Diss., 1998

ISBN 3-428-09493-X

Alle Rechte vorbehalten

© 1999 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fotoprint: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin

Printed in Germany

ISSN 0720-7646

ISBN 3-428-09493-X

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☹

*Meinen Eltern,
meiner Frau Catalina*

Vorwort

Diese Arbeit hat der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Wintersemester 1997/98 als Dissertation vorgelegen. Rechtsprechung und Literatur sind bis Ende März 1998 berücksichtigt.

Mein besonderer Dank gebührt meinem verehrten Lehrer Herrn Prof. Dr. jur. Dieter Leipold, der das Thema angeregt und meine Arbeit daran in jeder Hinsicht sehr gefördert hat. Die Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter an seinem Lehrstuhl war eine große Bereicherung für mich. Herrn Prof. Dr. jur. Rolf Stürmer danke ich ganz herzlich für die Bereitschaft zur Zweitkorrektur und die äußerst zügige Erstellung seines Gutachtens während der Weihnachtsferien.

Zu danken habe ich auch dem Departamento de Derecho Procesal der Universität Valencia und seinen Direktoren Herrn Prof. Dr. Juan Montero Aroca und Herrn Prof. Dr. Manuel Ortells Ramos, die mir mehrere Aufenthalte vor Ort ermöglicht und durch die großzügige Bereitstellung eines Arbeitsplatzes und der Institutsbibliothek sehr geholfen haben. Herrn Prof. Dr. Manuel Ortells Ramos gilt mein Dank für sein Interesse an meinem Thema und für wertvolle Hinweise sowie ständige Gesprächsbereitschaft. Frau Dr. María Pía Calderón Cuadrado und die übrigen Mitarbeiter des Instituts haben mir in vielen Gesprächen das Dickicht des spanischen Prozeßrechts gelichtet.

Der DAAD und das Graduiertenkolleg "Internationalisierung des Privatrechts" der Universität Freiburg haben dankenswerterweise meine Forschungsaufenthalte in Spanien unterstützt. Meine Schwester Katharina Knothe und meine Frau Catalina waren bei der Schlußdurchsicht eine unschätzbare Hilfe. Auch meinen Eltern, die meine Ausbildung großzügig finanziert und mich stets tatkräftig gefördert haben, gilt mein aufrichtiger Dank. Schließlich danke ich meiner Frau Catalina von ganzem Herzen für die vorbehaltlose Unterstützung und ihr großes Verständnis während der Arbeit an diesem Vorhaben. Bei der Wissenschaftlichen Gesellschaft Freiburg möchte ich mich für den gewährten Zuschuß zu den Druckkosten bedanken.

Freiburg, im März 1998

Benedikt Knothe

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

I. Zielsetzung der Darstellung.....	35
II. Gegenstand und Gang der Darstellung.....	37

Erstes Kapitel

Die dogmatischen Grundlagen des einstweiligen Rechtsschutzes in Spanien - Abgrenzung zu anderen Verfahren

A. Die Rechtsnatur der medidas cautelares.....	39
I. Begriff.....	40
II. Die medida cautelar als eigener Prozeß oder als Teil des Hauptverfahrens.....	41
1. Vertreter der These vom autonomen Prozeß.....	41
2. Die medida cautelar als unselbständiger Bestandteil des Prozesses.....	41
3. Stellungnahme.....	42
III. Der dienende Charakter (instrumentalidad) der medidas cautelares...	42
1. Bedeutung.....	42
2. Die Instrumentalität als Abgrenzungsmerkmal.....	44
a) Abgrenzung zu den summarischen Prozessen.....	44
b) Abgrenzung zu sonstigen Schnellverfahren.....	45
c) Abgrenzung zu Verfahren der Beweissicherung und zu prozessualen Sicherheitsleistungen.....	45
d) Abgrenzung zu sonstigen prozessualen Sicherungsmaßnahmen.....	46
IV. Die provisionalidad oder temporalidad der medidas cautelares.....	46
V. Homogenität, aber nicht Identität mit den Zwangsvollstreckungsmaßnahmen.....	47

B. Überblick über die medidas cautelares im spanischen Recht	48
I. Medidas cautelares im Rahmen von Ansprüchen auf Zahlung, Leistung von Sachen oder Herausgabe.....	49
1. Der embargo preventivo.....	49
2. Die intervención judicial de bienes litigiosos.....	49
3. Die anotación preventiva de demanda.....	49
4. Exhibición y depósito judicial de cosa mueble.....	50
II. Medidas cautelares für Ansprüche auf Tun und Unterlassen.....	50
III. Einstweilige Maßnahmen in bezug auf Personen.....	50
IV. Sonstige spezielle Eilmaßnahmen mit zumeist zustandserhaltendem Charakter.....	51
1. Die vorläufige Aussetzung von Gesellschaftsbeschlüssen.....	51
2. Die vorläufige Aussetzung von Beschlüssen der Wohnungseigentümerversammlung.....	52
3. Die vorläufige Unterbrechung der Aktivitäten bei Personenvereinigungen.....	52
4. Die einstweilige Unterlassung von Eingriffen in das Recht auf Ehre, Privatsphäre und am eigenen Bild.....	52
5. Einstweilige Maßnahmen nach dem Urheberrechtsgesetz.....	52
6. Einstweilige Verfügungen gegen Werbemaßnahmen.....	53
7. Einstweiliger Rechtsschutz nach dem Patentgesetz und dem Markengesetz.....	53
8. Einstweilige Maßnahmen im Wettbewerbsrecht.....	54
C. Die Grundvoraussetzungen jeder medida cautelar	54
I. Der „fumus boni juris“ oder Anordnungsanspruch.....	54
II. Die Voraussetzung des „periculum in mora“ oder die zu bekämpfende Gefahr.....	56
III. Die Sicherheitsleistung als Erlaßvoraussetzung.....	57
D. Die Wirkungen der medidas cautelares	59
I. Die Vollstreckungssicherung.....	59
II. Zustandserhaltende Maßnahmen.....	59
III. Maßnahmen mit antizipierender Wirkung.....	60

E. Verfahrensrechtliche Besonderheiten der medidas cautelares.....	61
I. Beschleunigung.....	61
II. Die Summarität der Entscheidung.....	62
III. Modifikation des Kontradiktionsgrundsatzes.....	64

Zweites Kapitel

**Verfassungsrechtliche Grundlagen des einstweiligen
Rechtsschutzes in Spanien**

A. Rechtsschutz.....	66
I. Art. 24 der spanischen Verfassung.....	67
II. Der Prozeß „mit allen Garantien“ nach Art. 24 Abs. 2 CE.....	67
III. Sonstige nicht ausdrücklich in Art. 24 CE enthaltene Verfahrensrechte.....	69
B. Effektiver Rechtsschutz (tutela efectiva).....	70
I. Justizgewährungsanspruch.....	71
II. Zugang zum Rechtsschutz.....	71
1. Das Problem der Sicherheitsleistung.....	72
2. Sicherheitsleistung bei bedürftigen Parteien.....	72
III. Recht auf einstweiligen Rechtsschutz.....	73
IV. Recht auf rechtliches Gehör.....	75
V. Rechtsschutz in angemessener Zeit.....	76
1. Angemessene Verfahrensdauer nach Art. 24 Abs. 2 CE und die Wirklichkeit.....	77
2. Zur Auslegung des Begriffes der „unangemessenen Verzögerung“.....	78
3. Bedeutung des einstweiligen Rechtsschutzes bei überlanger Verfahrensdauer.....	79
VI. Effektiver Rechtsschutz bei der Vollstreckung der Entscheidung.....	80
VII. Würdigung der Rechtsprechung des Verfassungsgerichts zur Effektivität des Rechtsschutzes.....	81

Drittes Kapitel

Der embargo preventivo (Arrest)

A. Rechtsnatur	83
B. Die Arrestarten	84
C. Spezialfälle von Arresten	85
I. Der Arrest bei Säumnis.....	85
II. Der Arrest wegen rückständiger Mietzinsen.....	85
III. Der Arrest in ausländische Seeschiffe.....	86
IV. Der embargo preventivo im strafrechtlichen Adhäsionsverfahren....	86
V. Die Einbehaltung von Geldbeträgen nach Art. 132 LH.....	87
VI. Der embargo des sogenannten juicio ejecutivo.....	87
VII. Der embargo de bienes nach Art. 923 LEC.....	88
D. Der „fumus boni juris“ (Arrestanspruch)	89
I. Der Arrestanspruch - Geldschulden.....	89
II. Gattungsschulden.....	89
III. Das Problem der nicht liquiden Geldforderungen.....	90
IV. In Geldansprüche wandelbare Ansprüche.....	91
V. Bedingte und befristete Forderungen.....	92
1. Befristete Forderungen.....	92
2. Bedingte Forderungen.....	95
E. Der Nachweis des behaupteten Rechts	95
I. Der Streit um die Bedeutung des „documento“ nach Art. 1400 Nr. 1 LEC.....	95
1. Die Entstehungsgeschichte.....	96
2. Das engere Verständnis.....	97
3. Die Argumente der weiten Auffassung.....	98
4. Die Haltung der Rechtsprechung.....	100
5. Fazit.....	100
II. Die Arten der zulässigen Urkunden.....	101
1. Öffentliche Urkunden.....	101
2. Private Urkunden.....	102

III. Notwendiger Inhalt der Urkunde.....	103
1. Höhe der Schuld.....	103
2. Befristete und bedingte Forderungen.....	104
IV. Die Sicherheitsleistung nach Art. 1402 LEC bei nicht vollstreckbaren Urkunden.....	106
1. Sicherheit bei sonstigen Nachweisurkunden.....	106
2. „Bekannte Solvenz“ (responsabilidad conocida).....	107
3. Höhe und Qualität der Sicherheit.....	108
V. Das erforderliche Beweismaß.....	108
F. Der Arrestgrund (periculum in mora).....	109
I. Zur geschichtlichen Entstehung der Arrestgründe des Art. 1400 Nr. 1 LEC	109
II. Die gesetzlich vermuteten Arrestgründe nach Art. 1400 Nr. 2 LEC..	111
III. Die gesetzlich vermuteten Arrestgründe im einzelnen.....	112
1. Der ausländische Schuldner (Abs. 2).....	112
a) Die Kritik der Lehre an diesem Arrestgrund.....	113
b) Die Haltung der Rechtsprechung.....	114
c) Vereinbarkeit mit europäischem Recht.....	114
2. Fehlender Wohnsitz oder Fehlen von unbeweglichem Vermögen am Hauptsachegerichtstand (Abs. 3).....	116
a) Kein bekannter Wohnsitz.....	116
b) Immobilienvermögen (bienes raizes).....	118
c) Der Begriff des „establecimiento agrícola, industrial o mercantil“.....	119
aa) Zur Form der Inhaberschaft.....	119
bb) Kritische Anmerkungen.....	120
d) Der Bezug zum Gerichtsstand.....	121
aa) Das Problem der Gefahr bei diesem Tatbestandsmerkmal	122
bb) Kritische Würdigung.....	123
3. Abwesender oder verborgener Schuldner.....	124
IV. Die Generalklausel des Art. 1400 Nr. 2 Abs. 4 a.E. LEC	125
1. Das Tatbestandsmerkmal des Versteckens und Verschleuderns....	126

2. Das Tatbestandsmerkmal „rationale Gründe zu glauben“.....	129
V. Kein Erfordernis des Nachweises des Arrestgrundes.....	132
VI. Ausschluß des Arrestgrundes bei hinreichender sonstiger Sicherheit	132
VII. Arrest ohne Arrestgrund (Art. 1401 Abs. 2 LEC).....	133
G. Verfahrensablauf bis zur Entscheidung über das Arrestbegehren.....	134
I. Der Arrestantrag.....	134
II. Zuständigkeit.....	135
1. Sachliche Zuständigkeit.....	135
2. Örtliche Zuständigkeit.....	136
a) Beim integrierten Arrest.....	136
b) Beim isolierten Arrest.....	137
3. Internationale Zuständigkeit.....	138
III. Postulationsfähigkeit.....	139
IV. Sonstige verfahrensrechtliche Besonderheiten.....	140
H. Die Entscheidung über den Arrestantrag.....	141
I. Inhalt und Umfang des Arrestbeschlusses.....	142
II. Die Prüfung durch das Gericht.....	142
I. Die Vollziehung des Arrestbeschlusses.....	143
I. Einleitung der Vollziehung.....	144
II. Ablauf der Vollziehung.....	145
1. Zuständigkeit.....	145
2. Die einzelnen Vollziehungsschritte am Beispiel der Sachpfän-	
dung.....	145
3. Vollzug in Immobilien.....	148
4. Vollzug in Forderungen.....	149
III. Rechtliches Gehör und Rechtsbehelfe bei der Vollziehung.....	149
IV. Abwendung der Vollziehung nach Art. 1405 LEC.....	150
1. Zeitraum der Abwendungsbefugnis.....	150
2. Die einzelnen Abwendungsmöglichkeiten.....	151
3. Verfahren.....	152
J. Rechtsbehelfe und Rechtskraft	153

I. Rechtsbehelfe des Antragstellers bei Zurückweisung seines Gesuchs.....	153
II. Der Widerspruch gegen den Arrestbeschluß.....	154
1. Überblick über den Verfahrensablauf.....	155
2. Einzelfragen.....	156
a) Zuständigkeit.....	156
aa) Beim integrierten Arrest.....	156
bb) Beim isolierten Arrest.....	158
b) Widerspruchsfrist.....	159
aa) Fristbeginn im gesetzlich vorgesehenen Fall.....	159
bb) Fristbeginn im unregelmäßigen Fall eines integrierten embargo.....	160
(1) Lösungsvorschläge.....	160
(2) Stellungnahme	160
cc) Fristlauf.....	161
dd) Widerspruch vor Ratifikation (Art. 1416 Abs. 2, 2. Fall LEC).....	162
ee) Widerspruch vor Vollzug des Arrestes.....	163
ff) Fristversäumnis.....	164
3. Gegenstand des Widerspruchsverfahrens.....	164
a) Prüfungsgegenstand.....	164
aa) Die enge Auffassung.....	164
bb) Die weite Ansicht.....	165
cc) Stellungnahme.....	166
b) Nachweis des Vorbringens im Widerspruchsverfahren.....	167
c) Verteilung der Beweislast im Widerspruchsverfahren.....	168
d) Zusammenfassung.....	168
e) Der für die Prüfung relevante Zeitpunkt	169
f) Einführung neuen Prozeßstoffes durch den Widerspruchsführer.....	170
g) Einführung neuen Prozeßstoffes durch den Widerspruchsgegner.....	170

4. Die Entscheidung im Widerspruchsverfahren und Rechtsbehelfe.....	171
III. Anpassung des Arrestbefehls an veränderte Umstände.....	172
1. Ausmaß des neuen Vortrags.....	173
2. Neue Beweismittel.....	174
3. Das Verfahren bei Neuansträgen und Anpassung.....	175
IV. Die Rechtskraft des Arrestbefehls.....	176
1. Formelle und materielle Rechtskraft.....	176
2. Grenzen der Rechtskraft.....	178
a) Neuansträge durch den Gläubiger.....	178
aa) Streitgegenstand bei Eilentscheidungen.....	178
bb) Zulässigkeit von Neuansträgen.....	179
b) Anpassung an veränderte Umstände.....	180
K. Das Verhältnis des embargo preventivo zum Hauptverfahren.....	180
I. Die Ratifikation des embargo preventivo.....	180
1. Voraussetzungen der Ratifikation.....	181
2. Ratifikationsfrist.....	182
3. Die Folgen der Fristversäumnis im einzelnen.....	183
II. Besonderheiten im Hauptprozeß und ihre Auswirkung auf den Arrest.....	184
1. Stillstand des Hauptsacheverfahrens.....	184
2. Ende des Hauptsacheverfahrens ohne Urteil oder durch abweisendes Urteil.....	186
III. Der embargo nach einem zusprechenden Hauptsacheurteil.....	187
1. Umwandlung in den Vollstreckungsombargo - die conversión.....	188
2. Voraussetzungen und Ablauf.....	189
L. Schadensersatz	189
I. Besonderheiten in den Fällen der Risikohaftung.....	191
II. Besonderheiten bei der Verschuldenshaftung nach Art. 1413 Abs. 2 LEC.....	192
III. Kosten.....	193

Viertes Kapitel

**Der deutsche Arrest im Vergleich zum
embargo preventivo**

A. Arrestarten und Rechtsnatur	194
I. Die Funktion des Arrestes.....	194
II. Arrestarten.....	196
1. Der persönliche Arrest.....	196
2. Vergleich.....	197
B. Der Arrestanspruch und sein Nachweis	198
I. Der Arrestanspruch nach § 916 ZPO.....	198
II. Nachweis und Prüfung des Anspruches.....	199
1. Nachweis.....	199
2. Prüfung des Anspruches.....	200
a) Die Befürworter einer vollen Rechtsprüfung.....	200
b) Differenzierende Ansichten.....	200
III. Rechtsvergleich.....	200
C. Der Arrestgrund nach den §§ 917, 918 ZPO	203
I. Arrestgrund der drohenden Insolvenz.....	205
II. Arrestgrund der Gläubigerkonkurrenz.....	206
1. Die herrschende Meinung.....	206
2. Die Gegenmeinung.....	207
3. Stellungnahme.....	208
III. Vergleich.....	209
1. Die beiden Generalklauseln.....	210
2. Ausschluß und Nachweis des Arrestgrundes.....	211
D. Das Arrestverfahren bis zur Entscheidung über den Antrag	212
I. Zuständigkeit.....	212
II. Arrestantrag.....	213
III. Fortgang des Verfahrens.....	214
1. Verfahren ohne mündliche Verhandlung.....	215
a) Darlegungs- und Glaubhaftmachungslast.....	215

b) Die Entscheidung und Rechtsbehelfe.....	216
2. Verfahren bei mündlicher Verhandlung.....	216
IV. Inhalt des Arrestbefehls und sein Verhältnis zur Hauptsache.....	217
V. Vergleich beider Verfahren.....	218
E. Rechtsbehelfe und Rechtskraft der Arrestentscheidung.....	220
I. Das Widerspruchsverfahren nach § 924, 925 ZPO.....	220
1. Voraussetzungen.....	220
2. Die Entscheidung über den Widerspruch.....	221
a) Neue Prüfung der Arrestvoraussetzungen.....	221
b) Der Entscheidungsinhalt.....	222
3. Vergleich.....	223
II. Die Aufhebung nach § 927 ZPO.....	224
1. Aufhebungsgründe.....	225
2. Verfahren.....	226
3. Vergleich.....	226
III. Die Rechtskraft im Vergleich.....	226
1. Formelle Rechtskraft.....	226
2. Materielle Rechtskraft.....	227
3. Die Grenzen der Rechtskraft.....	228
F. Sicherheitsleistung des Arrestantragstellers nach der ZPO.....	229
I. Sicherheit wegen fehlender Glaubhaftmachung.....	229
II. Sicherheit trotz Glaubhaftmachung.....	230
III. Vergleich.....	231
G. Vollziehung des Arrestes.....	233
I. Besonderheiten bei den formellen Voraussetzungen der Arrestvollziehung.....	234
II. Die Vollziehung.....	236
1. In bewegliche Sachen.....	236
2. In Forderungen.....	236
3. Vollzug in Grundstücke und verwandte Rechte.....	236
4. Vollzug des persönlichen Arrestes.....	237

III. Die Hemmung der Vollziehung durch Hinterlegung.....	237
IV. Die Aufhebung der Arrestvollziehung.....	238
V. Das Schicksal des Vollzuges nach Ende des Hauptsacheverfahrens..	238
1. Obsiegen des Gläubigers.....	238
2. Obsiegen des Schuldners.....	239
VI. Vergleich.....	239
H. Der Schadensersatzanspruch im Vergleich.....	241
I. Die Haftung wegen Aufhebung des Arrestes in Deutschland und Spanien.....	242
II. Die Haftung wegen anfänglicher Unrechtmäßigkeit.....	242
1. Überblick über die Unrechtmäßigkeitsfälle nach § 945 ZPO.....	242
2. Die Frage der Bindungswirkung von Vorentscheidungen für den Schadensersatzrichter.....	244
III. Vergleich.....	245
1. Verschuldens- oder Risikohaftung.....	245
2. Der zu ersetzende Schaden.....	246
I. Zusammenfassung der Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Arrest und embargo preventivo.....	248

Fünftes Kapitel

Die medidas cautelares indeterminadas nach Art. 1428 LEC (einstweilige Verfügungen)

A. Zur Entstehung der Norm.....	251
B. Die situación cautelable oder der Verfügungsanspruch.....	252
I. Anwendbarkeit des Art. 1428 LEC auf Geldforderungen.....	253
II. Verhältnis zu anderen Spezialmaßnahmen für Nicht-Geldansprüche	255
III. Verhältnis des Art. 1428 LEC zu den einstweiligen Maßnahmen im gewerblichen Rechtsschutz und zu den summarischen Prozessen.....	257
IV. Der Begriff der „obligación“.....	257
V. Art. 1428 LEC bei Feststellungs- und Gestaltungsklagen.....	258
C. Der Nachweis des Verfügungsanspruches.....	258
I. Das principio de prueba por escrito.....	259

II.	Zur Gestalt der nach Art. 1428 LEC erforderlichen Schriftstücke.....	260
III.	Inhalt der Nachweisurkunde.....	262
1.	Bei Forderungen.....	262
2.	Bei Ansprüchen aus absoluten Rechten.....	263
D.	Das „periculum in mora“ oder der Verfügungsgrund.....	263
I.	Arten der die Effektivität der Hauptsache bedrohenden Gefahren.....	264
1.	Fälle nur gradueller Ineffektivität.....	264
2.	Beispiele aus der Rechtsprechung.....	265
II.	Vorbringen, Nachweis und richterliche Würdigung des Verfügungsgrundes.....	266
1.	Vorbringen.....	266
2.	Nachweis.....	266
3.	Richterliche Würdigung des Verfügungsgrundes.....	266
E.	Die Sicherheitsleistung durch den Antragsteller.....	267
I.	Zur Höhe der Sicherheit.....	268
II.	Arten der Sicherheit.....	269
F.	Das Verfahren bis zur Entscheidung über den Verfügungsantrag.....	270
I.	Antrag und Antragsbefugnis.....	270
1.	Inhalt des Antrages.....	270
2.	Zeitpunkt des Antrages.....	271
a)	Antrag auf eine medida cautelar innominada im Rechtsmittelverfahren.....	272
b)	Medidas innominadas im Vollstreckungsverfahren.....	272
II.	Postulationsfähigkeit.....	273
III.	Zuständigkeit.....	273
1.	Im Falle des Antrages vor Erhebung der Hauptsacheklage.....	273
a)	Die sachliche Zuständigkeit.....	273
b)	Die örtliche und internationale Zuständigkeit.....	274
2.	Im Falle der Beantragung mit oder nach Klageerhebung.....	275
IV.	Verfahren mit oder ohne mündliche Verhandlung.....	276
1.	Die Auslegung des Art. 1428 Abs. 5 LEC.....	276
a)	Die Argumente der ersten Ansicht.....	277

b) Die Gegenmeinung.....	277
c) Die Verfahrensweise der Rechtsprechung.....	277
d) Stellungnahme.....	278
2. Verfahren bei mündlicher Verhandlung.....	278
a) Folgen des Nichterscheinens einer Partei.....	279
b) Ablauf der mündlichen Verhandlung.....	279
G. Die Entscheidung über den Antrag auf einstweilige Verfügung.....	280
I. Die Prüfung der Erläßvoraussetzungen durch das Gericht.....	281
II. Hinreichende Konkretisierung der Maßnahmen.....	282
III. Die Arten und die Reichweite der Maßnahmen nach Art. 1428 LEC	282
1. Die Formen möglicher Maßnahmen nach Art. 1428 LEC.....	283
a) Bestimmung und Auswahl der Maßnahme durch den Richter	283
b) Einzelne Formen zulässiger Maßnahmen.....	284
2. Die Wirkungen möglicher Maßnahmen nach Art. 1428 LEC.....	285
a) Maßnahmen mit befriedigendem Charakter.....	285
aa) Die enge Ansicht.....	286
bb) Die weite Auffassung.....	286
b) Grenzen der befriedigenden Verfügungen.....	287
aa) Die Grenze der zwingenden Hauptsacheentscheidung....	287
bb) Die Grenze der Verhältnismäßigkeit oder Erforderlich-	
keit.....	288
IV. Zur Vollziehung und zur Problematik von Zwangsmaßnahmen zur	
Durchsetzung von Verfügungen.....	289
V. Rechtsbehelfe gegen die Entscheidung über den Antrag.....	291
1. Das Widerspruchsverfahren.....	291
2. Die Berufung.....	293
VI. Streitgegenstand und Rechtskraft der Eilentscheidung.....	294
H. Das Verhältnis der einstweiligen Verfügung zur Hauptsacheklage.....	295
I. Fristgerechte Hauptsacheklageerhebung.....	295
II. Folgen des Fristversäumnisses.....	296
III. Die einstweilige Verfügung bei Stillstand oder Ende des Haupt-	
sacheverfahrens.....	297

1. Stillstand der Hauptsache.....	297
2. Die einstweilige Verfügung bei Ende der Hauptsache ohne zu- sprechendes Urteil.....	298
3. Die einstweilige Verfügung bei einem zusprechenden Haupt- sacheurteil.....	298
I. Schadensersatz.....	299
I. Risiko- oder Verschuldenshaftung.....	300
II. Prozessuale Geltendmachung und Umfang des Schadensersatzes.....	301

Sechstes Kapitel

Die einstweilige Verfügung nach den §§ 935 ff. ZPO im Vergleich zum spanischen Recht

A. Arten und Funktion der einstweiligen Verfügung.....	302
I. Arten.....	302
1. Sicherungs- und Befriedigungsverfügung.....	304
2. Typen der Befriedigungsverfügung.....	305
II. Funktion der einstweiligen Verfügung.....	306
III. Abgrenzung der Verfügungen nach den §§ 935, 940 ZPO zu spe- ziellen Eilmaßnahmen.....	307
1. Verhältnis zum Arrest.....	307
2. Verhältnis zu den einstweiligen Anordnungen.....	308
B. Der Verfügungsanspruch und seine Prüfung.....	308
I. Der Verfügungsanspruch.....	309
1. Individualleistungsansprüche.....	309
2. Rechtsverhältnisse.....	309
II. Umfang der rechtlichen Prüfung des Verfügungsanspruches.....	310
1. Die Befürworter einer vollen Rechtsprüfung.....	310
2. Differenzierende Ansichten.....	311
a) Die weitreichende Zurückdrängung der Rechtsprüfung nach Vorstellung Leipolds.....	312
b) Überwiegend anerkannte Ausnahmen von einer vollen Rechtsprüfung.....	313

3. Stellungnahme.....	313
III. Vergleich.....	317
1. Der Verfügungsanspruch.....	317
2. Nachweis des Verfügungsanspruches.....	317
3. Die Prüfung des Verfügungsanspruches.....	318
C. Der Verfügungsgrund.....	319
I. Gefährdung des Rechts durch Veränderung des bestehenden Zustandes.....	321
II. Wesentlicher Nachteil, drohende Gefahr oder andere Gründe.....	321
III. Besonderheiten des Verfügungsgrundes bei Befriedigungsverfügungen.....	322
1. Einfache Befriedigungsverfügungen.....	322
2. Angriffsverfügung.....	323
a) Notlage bei Geldleistungsverfügungen.....	324
b) Notlage bei Verfügungen auf Herausgabe und Vertragserfüllung.....	324
IV. Das Problem der „Notwendigkeit“ der Maßnahme im Rahmen des Verfügungsgrundes.....	326
V. Vergleich.....	326
D. Das Verfügungsverfahren bis zur Entscheidung über den Antrag.....	328
I. Zuständigkeit.....	328
II. Der Verfügungsantrag.....	329
III. Entscheidung mit oder ohne mündliche Verhandlung.....	332
1. Entscheidung ohne mündliche Verhandlung.....	333
2. Entscheidung nach mündlicher Verhandlung.....	333
IV. Vergleich.....	333
1. Zuständigkeit.....	333
2. Form und Inhalt des Antrages.....	334
3. Das Problem der mündlichen Verhandlung.....	335
E. Die Bescheidung des Verfügungsantrages.....	335
I. Zulässige Maßnahmen im Rahmen einer Sicherungsverfügung.....	336
1. § 938 Abs. 1 ZPO als Zulässigkeitssschranke.....	336

a)	Zweck der Sicherungsverfügung.....	337
b)	Erforderlichkeit der Maßnahme.....	337
II.	Zulässige Maßnahmen im Rahmen einer Befriedigungsverfügung...	338
1.	Befriedigungsfunktion der Befriedigungsverfügung.....	338
2.	Notwendigkeit der befriedigenden Maßnahme nach den §§ 938, 940 ZPO.....	340
3.	Beispiele für Befriedigungsverfügungen als notwendige Maßnahme nach den §§ 938, 940 ZPO.....	341
a)	Einfache Befriedigungsverfügungen.....	341
b)	Angriffsverfügungen.....	342
aa)	Typische Fälle von Angriffsverfügungen.....	342
(1)	Geldleistungsverfügungen.....	343
(2)	Herausgabeverfügungen.....	343
(3)	Verfügungen auf Vornahme von Handlungen.....	344
(4)	Regelungsverfügungen mit befriedigender Wirkung..	345
bb)	Notwendigkeit der Angriffsverfügung.....	345
III.	Vergleich.....	348
1.	Die Formen der zulässigen Maßnahmen.....	349
2.	Die Reichweite der Wirkungen von Verfügungen.....	350
F.	Rechtsbehelfe gegen die einstweilige Verfügung und Rechtskraft.....	351
I.	Widerspruch.....	351
II.	Aufhebung wegen veränderter Umstände.....	352
III.	Rechtskraft der Verfügung.....	352
IV.	Vergleich.....	353
G.	Das Verhältnis der einstweiligen Verfügung zur Hauptsacheentscheidung im Vergleich zum spanischen Recht.....	354
H.	Die Vollziehung der einstweiligen Verfügung.....	356
I.	Besonderheiten bei den formellen Vollziehungsvoraussetzungen.....	356
II.	Die Vollziehung im einzelnen.....	357
1.	Sequestration.....	357
2.	Registereinträge.....	357
3.	Herausgabeverfügungen.....	358

4. Verfügungen auf Vornahme einer Handlung oder auf Unterlassen sowie Verfügungen auf Abgabe einer Willenserklärung oder Widerruf.....	358
5. Geldleistungsverfügungen.....	359
III. Vergleich.....	359
I. Schadensersatz.....	362
I. Der aus der Vollziehung entstandene Schaden.....	362
II. Schadensumfang.....	363
III. Vergleich.....	364
J. Zusammenfassung der wichtigsten Gemeinsamkeiten und Unterschiede der einstweiligen Verfügung in Deutschland und Spanien.....	366

Siebentes Kapitel

Besonderheiten des einstweiligen Rechtsschutzes im spanischen Wettbewerbsrecht

A. Einführung.....	369
I. Zu Entstehung, Aufbau und Bedeutung des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb von 1991.....	369
II. Grundsätzliches zur einstweiligen Verfügung nach Art. 25 LCD.....	370
III. Verhältnis des Eilverfahrens nach Art. 25 LCD zum einstweiligen Rechtsschutz nach anderen Gesetzen des gewerblichen Rechtsschutzes und Wettbewerbsrechts.....	372
1. Verhältnis der LCD zur Ley General de Publicidad.....	372
2. Verhältnis der LCD zum Kartellrecht (LDC).....	372
3. Verhältnis der LCD zum Marken- und Patentgesetz.....	373
B. Der Verfügungsanspruch nach Art. 25 LCD.....	374
I. Die einzelnen Ansprüche.....	374
1. Unterlassungsanspruch.....	374
2. Anspruch auf Beseitigung der Folgen der Wettbewerbsverletzung.....	375
3. Anspruch auf Schadensersatz und Herausgabe ungerechtfertigter Bereicherung.....	375
4. Feststellungsanspruch.....	377

II. Nachweis des Anspruches.....	377
C. Der Verfügungsgrund.....	378
D. Die Sicherheitsleistung.....	380
E. Verfahren bis zur Entscheidung über den Verfügungsantrag.....	381
I. Antrag und Antragsbefugnis.....	381
1. Antragsbefugnis.....	381
a) Einzelklagebefugnis.....	382
b) Kollektivklagebefugnis.....	382
2. Form, Inhalt und Zeitpunkt des Antrags.....	383
II. Zuständigkeit.....	384
1. Sachliche Zuständigkeit.....	384
2. Örtliche und internationale Zuständigkeit.....	384
III. Mündliche Verhandlung.....	386
IV. Beschleunigte Behandlung.....	387
F. Die Entscheidung über den Verfügungsantrag.....	388
I. Die im Rahmen des Art. 25 LCD zulässigen Maßnahmen im einzelnen.....	389
1. Die Unterlassungsverfügung.....	389
a) Die Erforderlichkeit als Zulassungsschranke befriedigender Verfügungen.....	390
b) Weitere mögliche Schranken.....	391
2. Die Rückgängigmachung der Folgen des Wettbewerbsverstoßes.....	391
3. Der embargo preventivo und die Sicherheit (fianza) als Eilmaßnahme.....	392
4. Sonstige sichernde Verfügungen.....	393
5. Vorläufige Feststellungen.....	393
II. Die Kombination mehrerer Maßnahmen.....	393
G. Vollziehung der Verfügung und Abwendungsbefugnis des Schuldners.....	394
I. Vollziehung.....	394
II. Abwendung der Vollziehung durch Sicherheitsleistung.....	394
H. Rechtsmittel, Rechtskraft und Verhältnis zur Hauptsache.....	395
I. Schadensersatz.....	395

Achstes Kapitel

**Besonderheiten des deutschen wettbewerbsrechtlichen
Eilverfahrens im Vergleich zum spanischen Recht**

A. Zur Bedeutung des Verfügungsverfahrens zum Schutze vor unlauterem Wettbewerb nach dem UWG.....	397
B. Verfügungsanspruch.....	398
I. Der Unterlassungsanspruch.....	399
1. Gründe für seine überragende Bedeutung.....	399
2. Arten und Voraussetzungen des Unterlassungsanspruches.....	400
II. Vergleich.....	401
C. Der Verfügungsgrund.....	401
I. Die Besonderheiten nach § 25 UWG.....	402
II. Vergleich.....	404
D. Die Sicherheitsleistung im deutschen und spanischen Recht im Vergleich	405
E. Verfahrensrechtliche Besonderheiten.....	405
I. Vorprozessuale Streitbelegungsmechanismen.....	406
1. Abmahnung.....	406
2. Das Einigungsverfahren vor den Einigungsstellen.....	407
II. Besonderheiten des gerichtlichen Verfügungsverfahrens bis zur Entscheidung.....	408
1. Antrag.....	408
2. Antragsbefugnis.....	408
a) Der unmittelbar verletzte Mitbewerber.....	409
b) Mitbewerber nach § 13 Abs. 2 Nr. 1 UWG.....	409
c) Verbände zur Förderung gewerblicher Interessen nach § 13 Abs. 2 Nr. 2 UWG.....	410
d) Verbraucherverbände nach § 13 Abs. 2 Nr. 3 UWG.....	410
e) Industrie- und Handelskammern sowie Handwerkskammern nach § 13 Abs. 2 Nr. 4 UWG.....	411
3. Zuständigkeit.....	411
4. Verfahren mit oder ohne mündliche Verhandlung.....	412
5. Zur Bedeutung der Schutzschrift.....	413

6. Vergleich.....	415
III. Die Entscheidung über den Verfügungsantrag und das nachfolgende Verfahren mit seinen Besonderheiten.....	417
1. Inhalt der einstweiligen Maßnahme.....	417
a) Inhalt der Unterlassungsverfügung.....	418
b) Inhalt von Beseitigungsverfügungen.....	419
c) Geldleistungsverfügungen.....	420
2. Das Abschlußschreiben und die Abschlußklärung.....	420
3. Vergleich.....	422
IV. Rechtsbehelfe, Vollziehung und Schadensersatz im Vergleich.....	425

Schlußbetrachtung

Anhang: Übersetzung ausgewählter Vorschriften.....	431
Literaturverzeichnis.....	444
Sachwortverzeichnis.....	455

Abkürzungsverzeichnis

aaO	am angegebenen Ort
AAT	Auto de la Audiencia Territorial
abk.	abgekürzt
Abs.	Absatz
a.E.	am Ende
a.F.	alter Fassung
AnfG	Anfechtungsgesetz
Anm.	Anmerkung
AP	Audiencia Provincial
Art.	Artikel
AT	Audiencia Territorial
AVAG	Anerkennungs- und Vollstreckungsausführungsgesetz
Az	Aktenzeichen
BauR	Zeitschrift für das gesamte öffentliche und private Baurecht
BB	Betriebsberater
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BJC	Boletín Judicial Constitucional
BOE	Boletín Oficial del Estado
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
CC	Código Civil
CCom	Código de Comercio
CE	Constitución Española

CP	Código penal
Diss.	Dissertation
DNeg	Derecho de los Negocios
EGV	EG-Vertrag
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGHMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EuGVÜ	Europäisches Gerichtsstands- und Vollstreckungsübereinkommen
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
f.	folgende
ff.	fortfolgende
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
FS	Festschrift
GG	Grundgesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH Rundschau
Grdz	Grundzüge
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GRUR Int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht - Internationaler Teil
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
Halbs.	Halbsatz
HinterIO	Hinterlegungsordnung
h.L.	herrschende Lehre
h.M.	herrschende Meinung
InsO	Insolvenzordnung
IPrax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
i.V.m.	in Verbindung mit
Juris. const.	Jurisdicción constitucional

JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KG	Kammergericht (Berlin)
KO	Konkursordnung
LAG	Landesarbeitsgericht
LCD	Ley de Competencia Desleal
LEC	Ley de Enjuiciamiento Civil
lec.	lección
LECRIM	Ley de Enjuiciamiento Criminal
LG	Landgericht
LGP	Ley General de Publicidad
LH	Ley Hipotecaria
LM	Ley de Marcas
LOPJ	Ley Orgánica del Poder Judicial
LOTC	Ley Orgánica del Tribunal Constitucional
LP	Ley de Patentes
LPH	Ley de Propiedad Horizontal
LPI	Ley de Propiedad Intelectual
LPI	Ley de Procedimiento Laboral
LSA	Ley de Sociedades Anónimas
LSC	Ley de Sociedades Cooperativas
LSRL	Ley sobre el régimen jurídico de las Sociedades de Responsabilidad Limitada
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
m.M.	Minderheitsmeinung
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
m.z.N.	mit zahlreichen Nachweisen
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift-Rechtsprechungsreport
Nr.	Nummer

NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
OLG	Oberlandesgericht
OLGZ	Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Zivilsachen
PatG	Patentgesetz
Rep. Aranzadi	Repetitorio Aranzadi
Rep. Aranzadi Civil	Repetitorio Aranzadi Civil (Audiencias Provinciales)
RdA	Recht der Arbeit
RDM	Revista de Derecho Mercantil
Rdnr.	Randnummer
RDP	Revista de Derecho Privado
RDProberam	Revista de Derecho Procesal Iberoamericana (zeitweiliger Name der RDPro)
RDProberam-filip	Revista de Derecho Procesal Iberoamericana y filipina
RDPro	Revista de Derecho Procesal
RG	Reichsgericht
RGD	Revista General de Derecho
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RH	Reglamento Hipotecario
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
RJC	Revista Jurídica de Cataluña
RpfliegerG	Rechtspflegergesetz
Rsp.	Rechtsprechung
S.	Seite
s.	siehe
SAT	Sentencia de la Audiencia Territorial
SAP	Sentencia de la Audiencia Provincial
Slg.	Sammlung
STC	Sentencia del Tribunal Constitucional
STS	Sentencia del Tribunal Supremo
t.	tomo (Band)
TC	Tribunal Constitucional

TS	Tribunal Supremo
UrhG	Urhebergesetz
USD	US-Dollar
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
v.	vom
VerfG	Verfassungsgericht (spanisches)
VersR	Versicherungsrecht
vgl.	vergleiche
Vol.	Volumen
Vor §	Vorbemerkung zu §
WM	Wertpapiermitteilungen
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
z.B.	zum Beispiel
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZMR	Zeitschrift für Miet- und Raumrecht
ZPO	Zivilprozeßordnung
ZvglRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozeß
ZZPInt	Zeitschrift für Zivilprozeß International

Einleitung

I. Zielsetzung der Darstellung

Das spanische Recht besitzt in der deutschen Rechtsvergleichung bisher einen eher untergeordneten Stellenwert.¹ Dies mag neben Sprachschwierigkeiten auch daran liegen, daß das spanische Rechtssystem, teilweise zu Recht, als antiquiert und wenig effektiv gilt. Im Gegensatz zur Bedeutung in der wissenschaftlichen Diskussion hat das spanische Recht jedoch eine stetig wachsende Relevanz in der Praxis. Das Land am Mittelmeer ist nämlich nicht nur der Deutschen liebstes Reiseziel, sondern zugleich ein bedeutender Standort deutschen Grundbesitzes im Ausland, sei es nun in Form des klassischen Ferienhauses oder im rechtlich nicht selten problematischen Gewande moderner timesharing-Verträge. Auch die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen beiden Ländern nehmen mittlerweile einen beachtlichen Umfang ein. Neben regen Handelsbeziehungen ist Spanien zunehmend Ziel gewichtiger Investitionen und Unternehmenskooperationen der deutschen Wirtschaft geworden.² Wirtschaftspolitisch steht das Land derzeit als einer der Musterknaben im zügig zusammenwachsenden Europa da. Mit einem Wirtschaftswachstum von über 3 %, einer Inflationsrate auf dem historischen Tiefstand von 2 % und einem Anstieg der Exportrate von jeweils über 6 % in den Jahren 1996 und 1997 braucht sich Spanien nicht mehr zu verstecken.³ Die Erfüllung der Euro-Kriterien scheint mittlerweile auch gesichert.⁴

Bei den geschilderten starken Verflechtungen beider Staaten im privaten und ökonomischen Bereich, die in Zukunft noch zunehmen dürfte, ist die Kenntnis nicht nur des materiellen Rechts sondern auch des spanischen Prozeßrechts von wachsender Bedeutung. Zivilverfahren mit Beteiligung deutscher Parteien in

¹Näher Adomeit/Frühbeck, S. 10 ff.

²Vgl. auch Adomeit/Frühbeck, S. 10.

³Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 28.10.97, S. 20. Allein die hohe Arbeitslosenquote mit noch gravierenderer Jugendarbeitslosigkeit ist ein unübersehbarer Wehmutstropfen in der Leistungsbilanz des Landes.

⁴Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 9.12.97, S. 18.

Spanien⁵ werden in Zukunft keine Seltenheit mehr sein. Natürlich bleibt das spanische Prozeßrecht weiterhin Domäne der spanischen Anwälte und Richter. Gleichwohl wird der deutsche Rechtsberater zunehmend die prozessuale Durchsetzbarkeit möglicher Ansprüche in seine länderübergreifende Betrachtung einbeziehen müssen. Spätestens im Streitfalle ist es für den hiesigen Juristen nicht unwichtig, die Erfolgchancen eines Verfahrens in Spanien abschätzen zu können.

Die spanische Rechtswissenschaft und Praxis stellt dem derzeitigen Prozeßrecht jedoch kein besonders gutes Zeugnis aus.⁶ Neben der verwirrenden Vielzahl an Verfahrensarten ist einer der schwerwiegendsten Mängel sicher die Langsamkeit der Verfahren. Schon aus diesem Grunde erscheint es besonders interessant, sich dem spanischen Eilrechtsschutz in Form des einstweiligen Rechtsschutzes (*medidas cautelares*) zuzuwenden. Denn je langsamer ein Prozeß ist, desto wichtiger wird eine Rechtsschutzform, die eine Beschleunigung bei der Erlangung eines Titels und eine frühzeitige Sicherung der Zwangsvollstreckung gewährleisten kann.

Eine Aufgabe der Arbeit ist es deshalb zu untersuchen, wie effektiv der einstweilige Rechtsschutz in Hinblick auf die beiden vorgenannten Gesichtspunkte in Spanien ausgestaltet ist. Dazu gehört als eines der meistdiskutierten Probleme des einstweiligen Rechtsschutzes auch die Frage, ob nach spanischem Recht vorläufig befriedigende Maßnahmen statthaft sind und wie diese im einzelnen gehandhabt werden. Neben der ausführlich gehaltenen Darstellung der verschiedenen Formen des einstweiligen Rechtsschutzes in Spanien soll ein Vergleich mit dem deutschen Recht dazu beitragen, die dogmatischen Schwierigkeiten, die diese Form des Eilrechtsschutzes in beiden Rechtsordnungen mit sich bringt, ein wenig zu erhellen. Freilich war von Anfang an ersichtlich, daß die Vergleichung mit dem spanischen Recht keine revolutionären Erkenntnisse zur Lösung noch offener Fragen im deutschen Eilverfahren ergeben würde. Dennoch hat der Vergleich einige interessante Aspekte zu Tage gefördert, die man bei der Betrachtung des deutschen Rechts stärker berücksichtigen sollte. Damit auch für den spanischen Leser - die spanische Rechtswissenschaft zeigt ein erfreuliches Interesse am deutschen Recht - die direkte Gegenüberstellung beider Rechte Gewinn bringt, mußte die Rechtslage in der Bundesrepublik hinreichend ausführlich dargelegt werden. Ein weiteres Ziel war, der Rechtsprechung und damit der täglichen Praxis ein starkes Gewicht bei der Betrachtung einzuräumen, um ein möglichst realistisches Bild des Eilverfahrens zu zeichnen. Denn stärker als in Deutschland klaffen in Spanien Theorie und Pra-

⁵Im wirtschaftlichen Bereich werden deutsche Tochtergesellschaften freilich meist als spanische Gesellschaften organisiert sein, was aber an der grundsätzlichen Interessenslage nichts ändert.

⁶Vgl. nur Ortells Ramos ZZPInt 2 (1997) 95, 96 f.

xis im Verfahrensrecht oftmals erheblich auseinander. Nicht zuletzt ist die Kenntnis dieses Teilbereiches des spanischen Zivilverfahrens auch aus dem Gesichtspunkt der Diskussion über die Vereinheitlichung der Zivilprozeßrechte in Europa von Nutzen.

II. Gegenstand und Gang der Darstellung

Der Gegenstand der Untersuchung, die medidas cautelares oder der einstweilige Rechtsschutz, stellt eine der beiden tragenden Säulen im filigranen Gebäude der spanischen Schnellverfahren dar, dessen zweiter Standpfeiler die zahlreichen summarischen Prozesse sind. Das erste Kapitel beschäftigt sich demgemäß zunächst mit den Grundlagen des einstweiligen Rechtsschutzes in Spanien und grenzt diesen nach einem Überblick über die Vielzahl der verschiedenen einstweiligen Maßnahmen gegen die summarischen Prozesse ab. Das folgende zweite Kapitel beleuchtet die verfassungsrechtlichen Grundlagen des einstweiligen Rechtsschutzes in dem Bestreben, Reichweite und Grenzen dieser Rechtsschutzform aufzudecken.

Für die anschließende Einzeldarstellung war eine Auswahl einiger Eilverfahren anhand ihrer dogmatischen und praktischen Bedeutung unumgänglich. Dementsprechend widmet sich das dritte Kapitel der ältesten und bei weitem gebräuchlichsten Maßnahme, dem embargo preventivo oder Arrest. Ihm wird in Kapitel 4 das deutsche Arrestverfahren vergleichend gegenübergestellt. Den embargo preventivo an den Anfang zu setzen und besonders vertieft darzustellen, ist auch deshalb geboten, weil er als ausführlichste Regelung in der spanischen Zivilprozeßordnung (Ley de Enjuiciamiento Civil, LEC) Modellcharakter besitzt. Wegen des beträchtlichen Alters der Arrestvorschriften (Art. 1397 - 1418 LEC) - sie existieren praktisch unverändert seit 1881 - bereitet ihre Anwendung, wie zu zeigen sein wird, heute jedoch zunehmende Schwierigkeiten.

Das fünfte Kapitel wendet sich dann den eigentlich erst seit dem Jahre 1984 durch eine Eilreform der LEC zum Leben erweckten medidas cautelares inominadas (einstweilige Verfügungen) zu. Diese Eilverfügung nach Art. 1428 LEC hat die Landschaft des einstweiligen Rechtsschutzes in Spanien nachhaltig verändert, weshalb ihre theoretische und auch wachsende praktische Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Zudem stellt diese Eilmaßnahme eine gute Basis für den Vergleich mit der einstweiligen Verfügung nach den §§ 935, 940 ZPO in Kapitel 6 dar.

Endlich wird dann im siebten Kapitel der jüngste Sproß im verzweigten Baum der spanischen Eilverfahren vorgestellt, die Eilverfügung des im Jahre 1991 erlassenen Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb. Die Behandlung der wettbewerbsrechtlichen Eilverfügung erscheint deshalb besonders reizvoll,